



Ausschuss für Kommunalpolitik

24. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:15 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 7

Ohne Änderungen bestätigt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/339 – zweiter Neudruck.

Aktuelle Viertelstunde 8

Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 für die Kommunalfinanzierung in NRW

Auf Antrag
der Fraktion der CDU

- Stellungnahme durch StS Dr. Ulrich Krüger (MIK) 8
- Diskussion 9

1 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

13

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/120

Ausschussprotokoll 16/154

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Änderungsantrag der PIRATEN – siehe Drucksache 16/3207, Seite 4 – wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN abgelehnt.

Sodann wird der Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN ebenfalls mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN abgelehnt.

2 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Nörvenich (Fluglärmschutzverordnung Nörvenich – FluLärmNörvV)

18

Vorlage 16/875

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Nörvenich (Fluglärmschutzverordnung Nörvenich FluLärmNörvV)

Vorlage 16/878 zur Vorlage 16/875

Der Ausschuss stimmt ohne Aussprache der Vorlage 16/875 einstimmig und ohne Gegenstimmen zu.

**3 Nordrhein-Westfalen darf nicht Hort der Geldwäsche werden –
Kommunen dürfen mit der Kontrolle des Geldwäschegesetzes nicht
überfordert werden** **19**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2633

Der Ausschuss kommt überein, in einem Obleutegespräch am Rande des Juni-Plenums das weitere Vorgehen zu dem Thema zu erörtern. Der Tagesordnungspunkt soll im Herbst erneut auf die Tagesordnung kommen.

**4 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und
transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzbedarf** **21**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2883

In Verbindung mit:

**Auswirkungen des Urteils des Hessischen Staatsgerichtshofs vom
21.05.2013 auf die Notwendigkeit zur Ermittlung des kommunalen
Finanzbedarfs in Nordrhein-Westfalen**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/913

Der Ausschuss kommt nach kurzer Verständigung überein, das weitere Verfahren bezüglich der von der Fraktion der FDP beantragten Anhörung zum oben genannten Antrag in einem Obleutegespräch zu erörtern.

5 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes **22**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Der Ausschuss kommt überein, am 05.07.2013 ein Expertengespräch zu dem Thema durchzuführen. In einer Obleuterunde soll noch erörtert werden, wann das Expertengespräch ausgewertet werde.

**6 Aktueller Sachstand: Auswirkungen des Stärkungspaktgesetzes auf
die Stadt Nideggen** **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/914

Der Ausschuss will die Beratung des Themas nach der
Sommerpause fortsetzen.

**7 Begrenzung der Kreisumlage – Urteil des
Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Januar 2013** **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/695

in Verbindung mit:

**Darf das Land den Kreisen die Höhe der Kreisumlage diktieren? –
Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 14.02.203**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/694

Vorlage 16/881

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur
Kenntnis.

**8 Gesetzentwurf zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge
2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher
Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen** **26**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2880

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an
der vom federführenden HFA geplanten Anhörung von
Sachverständigen pflichtig zu beteiligen und die
abschließende Beratung zusammen mit dem HFA
durchzuführen; eine entsprechend Mitteilung ergeht an den
HFA.

9 Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen und die abschließende Beratung zusammen mit dem HFA durchzuführen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den HFA.

10 Gesetz zur Änderung des Bestattungswesens 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den AGS.

11 Gesetz zur Entpolitisierung der Polizei 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2336

Der Ausschuss kommt überein, sich an dem geplanten Sachverständigengespräch des federführenden Innenausschuss nachrichtlich zu beteiligen. Ein Termin dafür steht noch nicht fest.

12 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten! 30

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2621

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen. Einzelheiten werden noch zeitnah vereinbart.

13 Verschiedenes 31**13.1 Gesetz zur Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle
nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung
(Normenkontrollgesetz) 31**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2287

13.2 Fahrplanbreitbandausbau für Nordrhein-Westfalen 31

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2280

Nächste Sitzungen 31

13.06.2013 (Anhörung, Pflichtsitzung)
26.06.2013 (Anhörung, Pflichtsitzung)
03.07.2013 (Anhörung, Pflichtsitzung)
05.07.2013 (Beratungssitzung)

(Die Anhörungen finden im Rahmen von Pflichtsitzungen statt.)

* * *

10 Gesetz zur Änderung des Bestattungswesens

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Vorsitzender Christian Dahm verweist darauf, dass das Plenum den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – und zur Mitberatung an den AKo überwiesen habe

Der federführende Ausschuss habe zwischenzeitlich mitgeteilt, dass er am 26.06.2013, 13:00 Uhr, eine Anhörung von Sachverständigen durchführen werde.

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den AGS.

